

Protokoll des Chats am 12.1.2016 von 12:00-14:00 und 16:00-17:00 Uhr

Danny Prusseit
(11:59:01):

Liebe Kollegin, lieber Kollege, ein herzliches Willkommen zu unserem Online-Chat zu Besoldung und Arbeitszeit im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tarif- und Besoldungsrunde Bund. Wir freuen uns über Ihr/Dein Interesse. Gleich geht's los! Vorab aber der Hinweis, dass wir gerne alle Fragen beantworten, aber keine Rechtsschutzberatung erfolgen kann. Am 18. Februar entscheidet die Bundestarifkommission, der auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Beamtenbereich angehören, über Forderungen, die wir im Rahmen der am 21. März beginnenden Verhandlungen mit dem Bundesinnenministerium stellen werden. Mehr Geld und andere Forderungen sind schnell aufs Tapet gebracht, aber unsere Absichtserklärungen sollten Realitätssinn aufweisen, also durchsetzbar sein! Die Beamtinnen und Beamten müssen sich im eigenen Interesse für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen, am besten in einer starken Gewerkschaft, wie es ver.di als kompetente Tarifvertragspartei und anerkannter Gesprächspartner der Bundesregierung ist. Hinweis: Es handelt sich bei diesem Chat, um einen moderierten Chat. Fragen werden zur Beantwortung an die Experten weitergeleitet. Wir bitten deshalb um Verständnis, wenn Antworten mit einer Verzögerung von 2 bis 3 Minuten im Chat eingestellt werden. Ihr Klaus Weber Bundesbeamtensekretär

Danny Prusseit
(12:02:08):

Karin schrieb: Ich bin 56 Jahre alt und schaffe die 41 Stundenwoche nicht mehr. So geht es nicht nur mir sondern auch vielen anderen. Aus gesundheitlichen Gründen machen ich Teilzeit 90 % also 37 Stunden in der Woche und habe darf eine finanzielle Einbuße von netto 275 Ä! Was machen die, die es sich nicht leisten können? Und das bis 67? Wir arbeiten seit 2011 im vollelektronischen Workflow, ohne Papierakte, völlig ohne Papier, mit bis zu 37 Prozessen vor Zwei 27 Zoll Bildschirmen. Als Sachbearbeiter im Gehobenen Dienst decken wir die rechtliche Fachlichkeit und daneben die technischen Abläufe und Zusammenhänge ab. Dadurch hat sich die Bearbeitung für unsere Kunden deutlich verbessert, für uns hat sich die Tätigkeit verdichtet, ständige hohe Konzentration und ständige Aufmerksamkeit sind erforderlich, Kommunikation läuft, aber die Prozesse, e-Mail, Telefon, teilweise gleichzeitig. Unsere Arbeit ist optimiert worden, eine deutliche Leistungssteigerung mit Produktivitätssteigerung. Meine bzw. die Forderung vieler BeamtInnen im DPMA ist wöchentliche Arbeitszeitverkürzung! Jetzt! Eine so produktive Arbeit ist gut für den öffentlichen Dienst und damit für uns, aber die können wir auf Dauer nur bringen, mit hoher Qualität, mit niedriger Wochenarbeitszeit. Humane Arbeit heißt

Danny Prusseit
(12:04:29):

Antwort auf die Frage von Karin: Ich habe großes Verständnis für Ihre Beschreibung der Arbeitssituation und sicher teilen viele Kolleginnen und Kollegen Ihre Einschätzung. Die Arbeitsbelastung in vielen Bereichen ist eine Folge des Personalabbaus der letzten Jahre. Eine andere Personalpolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass der durch Personalbemessung ermittelte Personalbedarf zur Aufgabenerfüllung auch tatsächlich vorhanden ist. ver.di setzt sich seit langem für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein, die dazu führen würde, dass eine Arbeitsentlastung erfolgt. Dazu ist es erforderlich, dass die durch Arbeitszeitverkürzung erforderlichen Stellen tatsächlich mit Personal besetzt werden. Im Freistaat Bayern gelang es ver.di vor einigen Jahren, die Wochenarbeitszeit von ehemals 42 Stunden auf das Tarifvertragsniveau zu senken und dies ging mit einem entsprechenden Personalaufbau einher. Wir werden uns auch in dieser Besoldungsrunde beim Bundesministerium des Innern für eine kürzere Wochenarbeitszeit einsetzen, wohlwissend, dass wir dabei - wie schon vor zwei Jahren - auf heftige Gegenwehr stoßen werden.

Dieter S. (12:02:57): hier beigefügt meine Äußerung zur Tarif-/Besoldungsrunde 2016 Liebe Kolleginnen und Kollegen, 1. Damit auch zukünftig das Einkommen zum Auskommen reicht, fordere ich eine lineare Entgelterhöhung in Höhe von: 6,5 % 2. Für unsere Nachwuchskräfte fordere ich: Mind. 100 € und Übernahmegarantie in Dauerbeschäftigung 3. Neben der Entgeltrunde sind weitere wichtige tarifliche Themen für mich: Attraktive Altersteilzeit-/Vorruhestands-Regelung zur Flankierung der Übernahme der Azubis und der Dauerbeschäftigung der bisher befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen (Schluss mit dem weiteren Abgleiten in unsichere Beschäftigungen – der öD muss Vorbild sein am Arbeitsmarkt!) 4. Ich werde mich – wenn eine Einigung durch Verhandlungen nicht möglich ist – aktiv an Aktionen und Arbeitsk Kampfmaßnahmen beteiligen: X ja (Beamtenstatus beachten, aber auch ausreizen) Ich erwarte aber auch die inhaltsgleiche Übernahme der Tarifiergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten! Mit kollegialen Grüßen Dieter S.

Antwort von Klaus Weber : Das ist ein umfangreicher und anspruchsvoller Katalog von Forderungen, der nicht einfach zu erfüllen sein wird. Unser Ziel ist es mit einer Forderung in die Tarifverhandlungen zu gehen, die eine echte Realisierung von deutlichen Einkommenserhöhungen ermöglichen und das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden.

Peter Z. (12:05:12): Die Besoldungsrunde 2016, welche Auswirkung hat das auf die Beamtinnen und Beamten der Postnachfolgeunternehmen? (Ich bin der der Telekom, T-Systems).

Antwort von Klaus Weber : Die Beamtinnen und Beamten bei den Postnachfolgeunternehmen sind und bleiben Beamtinnen und Beamte des Bundes und somit Nutznießer einer gesetzlichen Übertragung des Tarifiergebnisses. Insoweit kommt es auch auf eine spürbare Unterstützung durch die Beamtinnen und Beamten bei Post, Telekom und Postbank an.

B.S. (12:16:28): Ich habe, bedingt durch den Wechsel von der Post zur BAnst, seit 01.2016 die 41 Std Woche. Durch einen gleichzeitigen dienstl. Umzug hat sich aber mein Arbeitsweg auf tgl. 2 Std erhöht. Es ist mir als allein erziehende Mutter nicht möglich 41 Std die Woche zu arbeiten. So habe ich finanzielle Einbußen in Kauf genommen. Ich würde es sehr begrüßen wenn ver.di sich für eine Arbeitszeitverkürzung einsetzen könnte.

Antwort von Klaus Weber : Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit analog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.

Andreas (12:13:50): Die Dinge gehen noch weiter. Der Arbeitgeber wird sich damit abfinden müssen, das ältere Beschäftigte längere Regenerationszeiten benötigen. Ich nenne hier mal den Demografie TV der Deutschen Bahn. Bei BMW werden Beschäftigte ab 55 aus den Wechselschichten herausgenommen. Niemand redet über die Hälfte, die aus gesundheitlichen Gründen das Regeleintrittsalter nicht erreichen wird. Wir benötigen für gesundheitlich benachteiligte ältere Beschäftigte erhebliche Arbeitszeitverkürzungen unter teilweisem Lohnausgleich. Mobilitätskosten mit öffentlichen Verkehrsmittel bleiben auch bei der 3 Tage Woche. Ansonsten endet das Berufsleben mit kalter Enteignung und Hartz IV.

Antwort von **Katrin Teich** : Ja, gerade die demografische Veränderung lässt uns auch in dieser Tarif- / Besoldungsrunde die Forderung nach der Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte wiederholen. Grundsätzlich signalisiert der BMI Verhandlungsbereitschaft. Jedoch hält der BMF das Geld fest. Will sagen, dass die Umsetzung dieser Forderung kein Selbstläufer wird. Wir brauchen jede Unterstützung. Wir sehen aber auch die Forderung nach Kürzung der WAZ nicht als starre Forderung. Vielmehr könnten wir uns eine schrittweise Umsetzung , verbunden mit verschiedenen Zeitkontomodellen vorstellen. das würde gerade auch Ihrem Anliegen , der individuellen Berücksichtigung älterer Beschäftigter Rechnung tragen.

Peter Z. (12:22:41): Bei der Telekom ist die Tarifforderung für Angestellte bei 5%. Dies sehe ich auch für die Beamten für notwendig. Außerdem sehe ich, bei den Postnachfolgeunternehmen, eine Absicherung für den vom Arbeitgeber veranlassten Wechsel aus der Beurlaubung. Die beurlaubten Beamten sind der Willkür des Arbeitgebers föllig ausgeliefert.

Antwort von **Klaus Weber** : Dieses 'ausgeliefert sein' sehe ich nicht. Die arbeitsvertraglichen Regelungen werden der Beurlaubung beruhen auf tarifvertraglichen Regelungen, die in Verhandlungen zwischen Telekom und ver.di vereinbart werden.

Andreas (12:18:31) : Zu den Beamten bei der Telekom. Dort gibt es das 'Beschäftigungsbündnis'. Hat die Gewerkschaften Zahlen vorliegen, wie viel Prozent der Beamten dort entsprechend dem Beschäftigungsbündnis für 34h bezahlt werden, aber durch Unterwanderung der Regelung tatsächlich entgeltgleich bis zu 38h arbeiten?

Antwort von **Katrin Teich** : Die Zahlen liegen mir hier für den chat im Moment nicht vor. Insofern kann ich diese Details z.Zt. nicht beantworten. Ich gebe dies Frage aber an den Fachbereich weiter.

Franz (12:24:25) : Wichtig ist für mich als Beamtin in erster Linie die Senkung der Arbeitszeit - wenigstens auf die AZ der Angestellten(39 h/Woche).Dies ist mir wichtiger als die Erhöhung der Bezüge. Wird hier etwas unternommen/ gefordert??

Antwort von **Klaus Weber** : Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit analog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.

R.K. (12:24:30): Hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in Erinnerung bringen, dass es insbesondere bei der Deutschen Post AG überwiegend Beamte im einfachen (AP) und mittleren (BP) Dienst und eine entsprechende Anzahl an Versorgungsempfänger gibt. Ob für diese Gruppe der Abstand zum Grundsicherungsniveau ausreichend ist, möchte ich bezweifeln. Für diese Gruppe sollte es eine überdurchschnittliche Forderung - einen überdurchschnittlichen Abschluß geben! Da auch im Beamtenbereich die Schere in den vergangenen Jahrzehnten weiter auseinander ging wäre eine Besoldungserhöhung für den AP und BP in Höhe von 7% notwendig. Für die übrigen Besoldungsgruppen mind. der Inflationsausgleich. Für die VE`s gilt dies entsprechend. Auch die Wochenarbeitszeit sollte, zur Arbeitsplatzsicherung und wg. Belastung, auf 35 Std. vereinheitlicht werden. Auch wäre eine Laufzeit von 12 Monaten ebenso erstrebenswert wie Vorteilsregelungen für ver.di-Mitglieder. Viel Erfolg uns ALLEN! LG R.K

Antwort von **Klaus Weber** : Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Besoldung und Versorgung, die allen zugute kommt. Gerade in der aktuellen Zeit beweist der öffentliche Dienst seine hohe Leistungsfähigkeit, die sich auch in einer deutlichen Steigerung der Einkommen ausdrücken muss. Gerade für den einfachen und mittleren Dienst macht sich eine deutliche Besoldungserhöhung in Cent und Euro bemerkbar.

Jessica S. (12:19:43): Vergesst nicht die Jugendlichen, die ich mit viel Engagement ihren Job erfüllen. Auch die Anwärterbezüge brauchen eine deutliche Erhöhung!

Antwort von **Katrin Teich** : Die Entgelterhöhung hat erste Priorität in den kommenden Tarifverhandlungen. Selbstverständlich haben wir die Besonderheiten der Jugendlichen im Kopf. Wir werden unsere Verhandlungen in den 'parallel' stattfindenden Besoldungsrunden darauf ausrichten, dass die Ergebnisse aus der Tarifverhandlung zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Es wird sich zeigen, welche Details für die einzelnen Beschäftigtengruppen erzielt werden können. Auf jeden Fall nehmen wir Ihren Hinweis mit in die Forderungsrunde. Vielen Dank dafür.

Karin (12:25:00) : Mir ist klar, dass die Gegenwehr gegen eine Arbeitszeitverkürzung extrem hoch ist, heute vermutlich noch mehr als noch vor einigen Monaten. Wenn Wochenarbeitszeitverkürzung nicht durchgesetzt werden kann, dann brauchen auch wir Beamte die Möglichkeit mit nach 45 Dienstjahren ohne Abschlüsse in Pension zu gehen. Oder wieder ohne Prozentuale Begrenzung die Möglichkeit der Altersteilzeit. Wie sieht Ihr das

Antwort von **Klaus Weber** : Unser Ziel ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die mit einem Stellenaufbau gekoppelt ist. Dieses Ansinnen ist nur schwer gegenwärtig durchsetzbar. Deshalb müssen auch mögliche Zwischenschritte, wie in Bayern erfolgt, ins Auge gefasst. Dort wurde die Arbeitszeitverkürzung auf das Tarifvertragsniveau schrittweise vorgenommen. Für Beamtinnen und Beamte des Bundes gilt übrigens, dass mit der Vollendung des 65. Lebensjahres und nach Vollendung von 45 Dienstjahren, ein abschlagfreier Ruhestand möglich ist.

Schneizel (12:27:28) : Wann werden endlich die gleichen Konditionen für Bildungsurlaub für Beamte analog zu den Angestellten angepasst?

Antwort von **Katrin Teich** : Ihr Thema Bildungsurlaub für Beamtinnen und Beamte stellt sich gerade im Bereich des Bundes so nicht, da durch die Sonderurlaubsverordnung Möglichkeiten gegeben sind, für Fortbildungsveranstaltungen vom Dienst freigestellt zu werden. Somit wird dieses Thema nicht Gegenstand der Tarifverhandlungen sein.

Thomas B. (12:28:54): Als Beamter in einer obersten Bundesbehörde interessiert mich besonders, der Zeitraum bis zur Übertragung auf uns als Beamtinnen und Beamte. Lässt dies nicht beschleunigen?

Antwort von **Klaus Weber** : Wir führen eine Tarif- und Besoldungsrunde durch und sondieren bereits während der laufenden Verhandlungen eine zeit- und inhaltsgleich Übertragung auf den Beamtenbereich. Übrigens mit Erfolg. Es gelang uns in den Besoldungsrunden stets eine Aussage des Bundesinnenministers zu erreichen, wonach die Bundesregierung eine entsprechende gesetzliche Regelung auf den Weg bringt. Nach dem Tarifabschluss führen wir unsere Gespräche mit dem Bundesinnenministerium unter Hochdruck fort. Auch mit Bundestagsfraktionen stehen wir im Gespräch. Der tatsächliche Zeitablauf wird allerdings wesentlich von Sitzungsterminen der Bundesregierung und des Bundestages bestimmt. Unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundestages gelang es ver.di in den letzten Jahren bereits Abschlagszahlungen mit der Bundesregierung zu verabreden.

Ralf (12:29:15) : Sind Postbeamte, Bundesbeamte 2. Klasse?

Antwort von **Klaus Weber** : Beamtinnen und Beamte des Bundes und eingesetzt bei den Postnachfolgeunternehmen sind und bleiben Beamtinnen und Beamten des Bundes und sind mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet. Das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz wird vollständig und im Wortsinn auf alle Beamtinnen und Beamte bei Post, Telekom und Postbank umgesetzt.

Ralf (12:29:56) : Warum erhalten wir kein Urlaub u. Weihnachtsgeld mehr?

Antwort von **Klaus Weber** : Die Forderung nach einem Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld ist verständlich. Auch in Privatwirtschaft gibt es durchaus Beispiele, wo solche Zahlungen erfolgen. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes gilt leider, dass schon seit Jahren kein Urlaubsgeld mehr gibt. Die bisherige Sonderzuwendung wird als Sonderzahlung bei den Beamtinnen und Beamten des Bundes im öffentlichen Dienst geleistet. Bei den Postnachfolgeunternehmen wird die Sonderzuwendung in Form entweder einer Postzulage oder Postbankzulage gewährt. Bei der Telekom gilt dafür eine Kompensation durch eine verkürzte Wochenarbeitszeit.

Ralf (12:30:29) : Selbst die Besoldungstabelle ist reduziert....

Antwort von **Klaus Weber** : Ein Hinweis auf die Sonderzahlung erfolgte bereits.

Weber :

Ralf (12:31:19) : Aktuell erhalten wir doch nur noch 30% der Summe durch die monatliche Sonderzahlung...

Antwort von **Klaus Weber** : Diese Frage wurde hier schon häufiger gestellt.

Weber :

Anita S. (12:24:35) : Bisher ist die Rede noch nicht auf uns Versorgungsempfänger gekommen. Wir wollen in gewohnter Weise von einem Zuwachs bei der Besoldung teilhaben.

Antwort von **Katrin Teich** : Die Forderungen von ver.di zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme der erreichten Tarifiergebnisse erstreckt sich selbstverständlich immer auf die aktiven Beamtinnen und Beamte sowie auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Hierbei handelt es sich um ein Automatismus gemäß des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz.

Ralf (12:33:05) : Wenn die Bedingung dazu ist, 41 Stunden, wie die restlichen Bundesbeamten zu arbeiten, kein Problem, wird doch sowieso schon im Pensum, Masse statt Klasse im Postbetrieb umgesetzt....

Antwort von **Klaus Weber** : Wir sind gegen eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit, weil diese zu einem erheblichen Personalabbau führen würde und im übrigen gibt es keinerlei rechtliche Verbindung zwischen einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit und einer Erhöhung der Sonderzahlung oder anders gesagt: Die Zahlung eines Weihnachtsgeldes ist nicht von einer höheren Wochenarbeitszeit abhängig.

Ralf (12:34:42) : Warum wird der einfache Postdienst weiterhin beibehalten, nur damit die Postaktie steigt...? Postbeamte sind wohl schon vergessen u. das im Lebensalter ab 40 Jahren....

Antwort von **Klaus Weber** : Sollte dies die Forderung sein, die Beamtinnen und Beamten des einfachen Dienstes in den mittleren Dienst zu übernehmen? Die Beamtinnen und Beamten des einfachen Dienstes bei der Post leisten hervorragende Arbeit und ihr Status hat auch gewisse Vorteile. Nicht übel nehmen: Bei allem was vielleicht nicht so toll läuft, ist das Beamtenverhältnis auch etwa bei der späteren Versorgung eine gute Grundlage.

Ralf (12:36:23) : Motto AG: Kein Vor u. Zurück, nur noch für wenige Auserwählte, wem es nicht paßt, soll gehen.....

Antwort von **Klaus Weber** : Ihr Beitrag paßt thematisch leider nicht in diesen Chat.

Weber :

Wolfgang S. (12:20:03): Ich wäre schon mit dem Ergebnis zufrieden, wenn unterm Strich die Arbeitszeit der Bundesbeamten, der der Tarifbeschäftigten angeglichen wird (sprich: vom 41 auf 39 Stunden/Woche). Des Weiteren eine Gehaltserhöhung im Rahmen der Inflation. Zu einer zusätzlichen Einmalzahlung (gestaffelt nach den Besoldungsgruppen) sage ich aber auch nicht nein.

Antwort von Katrin Teich : Wir setzen uns für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein, die allerdings von den öffentlichen Arbeitgebern bisher energisch abgelehnt wird. Trotzdem und in der Zwischenzeit, versuchen wir arbeitsentlastende Maßnahmen zu verhandeln. Dabei ist für uns das Vorgehen in Bayern beispielhaft. Dort konnte eine schrittweise Angleichung der WAZ an Tarifniveau erreicht werden. Dieser Weg erscheint uns auch auf Bundesebene der Richtige.

Gast2015 (12:41:55) : Forderung bei der Tarifverhandlung: 1. einheitliche vWL - warum erhalten zum Beispiel Bedienstete der Sparkassen 40€ an vL und andere Angestellte und Beamte nur 6,65€. Der öffentlich Dienst wird durch eine Erhöhung der vL gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel für junge Menschen freundlicher. 40€ an vL sind in der freien Wirtschaft fast die Regel in den Tarifverträgen. 6,65€ im Monat bilden nach Abzug der Lohnsteuer auch nach 45 Dienstjahren kein Vermögen. 2. Anhebung der Ministerialzulage - seit Jahrzehnten ist die Höhe der sog. Ministerialzulage eingefroren. Andere Zulagen wurden stetig angepasst, Koppelung an die aktuelle Besoldung/Entgelte. Auch Beamte und Angestellte in obersten Bundesbehörden leisten einen wichtig Beitrag im öffentlichen Dienst! Gerade zur Nachwuchsgewinnung im gehobenen und höheren Dienst muss die Zulage als Zeichen der Wertschätzung endlich an die aktuellen Besoldungsgruppen angepasst werden! Die permanente Einfrierung ist im Hinblick auf andere Zulagen nicht gerecht! 3. Deutliche Erhöhung des Grundgehaltes, wie in den Jahren 2014 und 2015 plus x - Verdi sollte auf die massiven Steuereinnahmen verweisen! Versäumnisse der Vergangenheit im Vergleich öD und Wirtschaft sollten ausgeglichen werden. Bei ordentlicherer Bezahlung ist die Wochenarbeitszeit angemessen! Familien haben lieber ein paar Euro mehr in

Antwort von Klaus Weber : Wir bedanken uns für Ihren Hinweis zur Aufwertung der Ministerialzulage und werden dies in den Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium einbringen. Was die generelle Entwicklung der Besoldung betrifft ist auch zu konstatieren, dass es uns gelungen ist, die Besoldung regelmäßig deutlich zu erhöhen. Wir haben auch damit dafür Sorge getragen, dass tatsächlich sich die Nettoeinkommen wirklich erhöht haben.

Frank (12:31:26) : Wir Beamte verdienen gut. Über mehr Geld freut sich jeder, auch ich. Aber viel wichtiger ist mir ein Optimum zwischen Arbeits- und Familien- bzw. Freunde-Zeit. Die damalige Arbeitszeiterhöhung auf 41h war der größte Fehler! Ob dieser Aufwuchs der Produktivität zuträglich war, ist bis heute unbewiesen. Bei der Aushandlung von Kompromissen in der anstehenden Bes.-Runde sollte Verdi statt Verdienststeigerung auf bessere Arbeitsbedingungen hinwirken. Bitte setzten Sie sich für Mobiles Arbeiten und Arbeitszeitverkürzung ein.

Antwort von Katrin Teich : Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ver.di sehr wichtig. Auch und gerade vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein, die allerdings von den öffentlichen Arbeitgebern bisher energisch abgelehnt wird. Trotzdem und in der Zwischenzeit, versuchen wir arbeitsentlastende Maßnahmen zu verhandeln. So können wir uns vorstellen, dass darüber hinaus Zeitkontomodelle, vielfältige Arbeitszeitmodelle Verhandlungsthemen sein könnten. Auch scheint eine schrittweise Herangehensweise sinnvoll.

Andreas
(12:46:24): Es wird hier immer wieder Bayern erwähnt. Ich komme aus Hessen. Hier gibt es derzeit eine Komplettverweigerung der Landesregierung. Beihilfeleistungen werden ohne Besoldungsausgleich gekürzt. So was sind Netto-Kürzungen. Zusatzurlaub für Beschäftigte > 55 unterliegt einer Stichtagsregelung, die hinzuversetzte Beamte ausschließt, 42h Wochen, usw.. Mit Besoldungserhöhungen fang ich erst gar nicht an. Wie wollt ihr euch gegen diesen verhandlungsunwilligen Arbeitgeber aufstellen?

Antwort von **Klaus Weber**: Die Ausgangssituation ist eine andere wie beim Bund. Zunächst zu Hessen: ver.di setzt sich dort für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Die Landesregierung reagiert darauf sehr hartleibig. Zum Bund: Auch hier zeigt sich bisher in der Frage der Wochenarbeitszeit kein Entgegenkommen, allerdings sind wir seit geraumer Zeit in konstruktiven Gesprächen mit der Bundesregierung zu arbeitsentlastenden Maßnahmen.

anonym
(12:48:44): Hier gibt es auch genug geäußerte Meinungen: <http://forum.oeffentlicher-dienst.info/viewtopic.php?f=3&t=10513> Für uns Beamte wünsche ich mir: • Urlaubsgeld zurück oder 13. Monatssold • Rückkehr zur 38,5h-Woche • Erhöhung der Bezüge um einen Festbetrag, nicht prozentual, da sonst die Schere immer weiter auseinander geht • Jobtickets bundesweit • Angleichung der Eingangssämter des Zolls wie bei der Polizei • Besoldungsgruppen nach oben öffnen (mit Abi oder ausreichend Berufserfahrung die Möglichkeit, in den gehobenen Dienst zu wechseln)

Antwort von **Klaus Weber**: Nicht wir vom Bundesbeamtensekretariat sondern die ehrenamtlich besetzte Bundestarifkommission entscheidet am 18.02.2016 zu ihren Forderungen. In der Forderungsaufstellung versucht die Kommission sich auf zentrale Forderungen zu konzentrieren, um deren Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen. Zum Zoll: Die Aufgaben der Zollverwaltung sind in den letzten Jahren gestiegen und bedürfen einer höheren Anerkennung. Einen wichtigen Schritt konnten wir bereits erreichen: Der Praxisaufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst sollte Ende des Jahres 2015 wegfallen, bleibt aber aufgrund unseres Einsatzes erhalten.

Rene (12:34:54): 2014 kündigte verdi an, die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamte in den Tarif- und Besoldungsverhandlungen für den Bund 2016 auf die Forderungsliste zu setzen. Welche Priorität - auch im Verhältnis zu einer möglichen Einkommenssteigerung - hat diese Forderung bzw. wird sie überhaupt umgesetzt? Mir persönlich wäre eine Forderung nach einer Wochenarbeitszeit wie sie in anderen Bereichen üblich ist wichtiger als eine erhebliche Steigerung des Einkommens. Freizeit ist Lebenszeit. Und diese ist auch mit Geld nicht zu ersetzen.

Antwort von **Katrin Teich**: Wir werden uns für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten einsetzen, die allerdings von den öffentlichen Arbeitgebern bisher energisch abgelehnt wird. In der Tarifverhandlung selbst hat eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für die Tarifbeschäftigten keine Priorität. Vielmehr die Tabellenentgelterhöhung. Für die Beamtinnen und Beamten besteht wieder die Aufgabe, die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des erreichten Tarifergebnisses zu erkämpfen. Das ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus werden wir in den dafür 'parallel' stattfindenden Besoldungsrunden explicit die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wiederholt fordern.

Dieter (13:01:15): Ich bin für eine Besoldungserhöhung angepasst an der Preissteigerungsrate usw. plus Ausgleich der Preissteigerung der Krankenkassenbeiträge. Anpassung der Wochenarbeitszeit den Lebensalter (ab 50 Jahre)entsprechend und Ausbau des Altersteilzeitmodelles.

Antwort von **Klaus Weber** : Vielen Dank für die Forderungsübermittlung. Hinweis: Die führenden Wirtschaftsinstitute prognostizieren eine Inflationsrate für 2016 von 1,8 %. Dies wird vor allem begründet durch steigende Energiekosten. Eine Tarifforderung setzt sich im wesentlichen zusammen aus der Formel: Produktivitätszuwachs plus Inflationsrate. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten hervorragende Arbeit, die nicht ohne weiteres in volkswirtschaftlichen Zahlen messbar ist, nichts desto trotz von erheblicher Bedeutung für eine positive gesellschaftliche Entwicklung.

Murks (12:43:29) : Wann gibt es endlich Bildungsurlaub für Beamte? Sind wir nur Mitarbeiter zweiter Klasse: kein Bildungsurlaub, keine Zulagen und höhere Arbeitszeiten. Es wird immer von Qualifizierung gesprochen Beamte werden hier aber grds. nicht angesprochen. Mittlerweile ist man AN zweiter Klasse.

Antwort von **Katrin Teich** : Ihr Thema Bildungsurlaub für Beamtinnen und Beamte stellt sich gerade im Bereich des Bundes so nicht, da durch die Sonderurlaubsverordnung Möglichkeiten gegeben sind, für Fortbildungsveranstaltungen vom Dienst freigestellt zu werden. Somit wird dieses Thema nicht Gegenstand der Tarifverhandlungen sein.

Helmut (12:47:49) : Wie sind die Chancen, dass der Bund die Vorruhestandsregelung für Beamte, über den Zeitraum 2016 hinaus verlängert? Danke

Antwort von **Katrin Teich** : Ein Verlängerung der Vorruhestandsregelung wird nicht Verhandlungsthema dieser Tarif- und Besoldungsrunde sein. Im Übrigen gestalten sich die derzeit laufenden Gespräche hierzu, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, sehr schwierig.

Rita L. (13:08:49) : Das Thema A13 (Z) bitte für nicht Techniker aufgegriffen. Durch Haushaltsverhandlungen wurde 1976 diese Änderung vorgenommen. Seit dem wurde diese Änderung nicht mehr neu analysiert. Ich denke es wäre auf Grund der geänderten Aufgaben (40 Jahre sind mittlerweile vergangen) in heutigen IT-Welt und neue Anforderungen insbesondere nicht Technikerbereich an der Zeit die geänderten Aufgabenstellungen und Anforderungen u.a. zum Erstellen von Fachkonzepten und Anwenderanforderungen für umfangreiche Softwareverfahren neu zu bewerten und auch für die Nichttechniker die Zulage nach A13 zuzulassen. Immer häufiger werden u.a. Nichttechniker auf Techniker Planstellen und umgekehrt eingesetzt, auch das sollte ein Grund mehr sein, sich dem Thema noch mal zu widmen. Die Änderung kann nur politisch vorgenommen werden, lt. Gericht. Juristisch habe ich es schon mit Hilfe von ver.di versucht und das war das Ergebnis. 1. Siehe dazu bitte die Anlage Stellenzulage.docx im BBseG und BeamtVG §14 die den Unterschied ausmachen. Wird der Text von A9 auch bei A13 eingefügt, anstelle dem derzeitigen Text bei A13, ist m.E. das Problem schon weitgehend gelöst. Hoffe ich jedenfalls. Ein Antrag über den Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saar FB 9 über ver.di wurde auch eingereicht. Besteht Hoffnung, dass diese Thema mal aufgegriffen wird? Da ich es als nicht mehr

Antwort von **Klaus Weber** : Wir wissen um das Antragsbegehren und kümmern uns um das Anliegen. Dies ist aber inhaltlich von der anstehenden Besoldungsrunde losgelöst.

anonym (13:11:35) : Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist sicherlich ein Thema für die die in der 41 Std.-Woche arbeiten, für die Beamten bei der Post ist da eher eine Erhöhung der Besoldung maßgeblich. außerdem ist die tatsächliche Wochenarbeitszeit ohnehin von der Arbeitsmenge abhängig und die ist bei der Zustellung von Sendungen immer hoch, so daß Überzeiten anfallen. Also 41 Stunden und mehr arbeiten wir trotz 38,5 Stunden sowieso. Im einfachen Dienst noch befördert werden oder gar die Möglichkeit des Aufstiegs in Erwähnung zu ziehen ist für uns ein Ding der Unmöglichkeit. Das Einzige wovon wir als Postbeamte des einfachen Dienstes profitieren können, in dieser Besoldungsrunde ist eine Erhöhung des Besoldungsentgeltes.

Antwort von **Klaus Weber** : Als Beamtin oder Beamter bei der Post AG profitieren Sie unmittelbar von einer gesetzlichen Erhöhung ihrer Bezüge. Uns ist bewusst das gerade für unteren und mittleren Einkommen auf eine deutliche Steigerung der Bezahlung ankommt.

Rita L. (12:54:14): Im Bereich der Beamtenbesoldung sollte man bei den künftigen Gehaltsverhandlungen auch noch mal daran denken, dass die Beschäftigten künftig bis 67 arbeiten müssen und die Stufenregelung dies m.E. nicht wirklich abbildet. Die bisherigen Stufen wurden m.E. auf der Grundlage der Regelalterszeit von 65 Jahren betrachtet. Daher wäre es m.E. für die Verlängerung der Regelalterszeit erforderlich mindestens noch eine weitere Stufe vorzusehen. Inwieweit eine solche Regelung auch für Angestellte im ÖD vorgesehen werden kann, ist mir nicht geläufig. Sofern eine solche Regelung auch bei den Angestellten im Tarifvertrag möglich ist, sollte auch dort gegenüber der veränderten Regelalterszeit (berufstätig bisher bis 65, künftig bis 67 Jahre) Rechnung getragen werden.

Antwort von **Katrin Teich** : Vielen Dank für die interessante Anregung, die verlängerte Lebensarbeitszeit von 65 auf 67, durch eine weitere 'Erfahrungsstufe' wenigstens 'abfedern' zu wollen. Wir werden diese Überlegung in die kommenden Verhandlungen mit einbeziehen.

Thomas (13:14:03) : Ich arbeite seit 20 Jahren als Beamter A7 bei der Deutschen Telekom im Schichtdienst.. Hier arbeiten wir mit ca. 30 Personen im 24 Stunden Schichtdienst das ganze Jahr über. Die Hälfte Beamte (A7 und A8), der Rest sind Tarifkräfte. Tarifkräfte bekommen dafür doppelte Stunden und noch Bezahlung dazu. Nachts und abends sind die Konditionen noch schlechter. Kann man in diesem Bereich nicht mal versuchen eine Angleichung zu erreichen? Da ich sehr oft an Feiertagen, Wochenenden und Nachtschichten arbeite, fällt besonders die total veraltete und ungerechte Zulagenstruktur bei uns Beamten auf. Wenn ich Weihnachten oder Ostern arbeite, bekomme ich lediglich 3,xx€ pro Stunde und einen anderen Tag dafür frei (1:1). In der freien Wirtschaft steht für diese Bezahlung kein Mensch auf!

Antwort von **Klaus Weber** : Für Wechsel- und Schichtdienst gelten die allgemeinen Regelungen des Dienstrechtes Bund, die erst vor etwa zwei Jahren neu geordnet worden sind. Insofern handelt es nicht um veraltete Bestimmungen. Im übrigen konnten wir erreichen, dass für Beamtinnen und Beamte im Wechselschichtdienst mehr ausgleichende Freizeit gewährt wird.

Rita L. (13:17:47): Ich als verdi-Mitglied würde mich freuen, wenn vergleichbar der Lösungen bei den Postnachfolge-unternehmen auch Exklusivleistungen für Mitglieder angedacht werden könnten. Solidarität und mehr S-Urlaub gezielt für Fortbildung könnten u.a. gefördert werden. Dazu habe ich folgende Ideen: 1. Exklusivleistungen für ver.di-Mitglieder: Wird ein Azubi oder eine Person, die das duale Studium durchläuft ver.di-Mitglied, erhält die Person mtl. einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 65,- €, es sei denn Sie haben das 25. Lebensjahr schon erreicht. Der Betrag wird nur gezahlt solange bis die Ausbildung bzw. das duale Studium abgeschlossen sind. Mit Erreichen des 25. Lebensjahres entfällt der mtl. Exklusivbetrag. Das könnte ggf. in den neuen ÖD-Verträgen so gefordert werden. 2. Eine weitere Idee, wäre, dass wir für ver.di-Mitglieder pro Jahr ein kostenpflichtiges Seminar Ihrer Wahl aus dem ver.di Fortbildungsprogramm von bis zu einer 1 Woche mit zusätzlichen SEU (Standard SEU – 5 Tage - soll davon nicht tangiert werden) als kostenfrei im ÖD als Exklusivleistung für ver.di Mitglieder vereinbaren. Denn eine Fortbildung nach eigener Wahl eines ver.di-Mitglieds, die kostenfrei ist und bis zu einer Woche SEU ermöglicht, könnte ggf. doch für den Einen oder Anderen von Interesse sein. Ein Versuch ist

Antwort von **Klaus Weber** : Wir sind in Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium zu einer Ausweitung von Sonderurlaubsregelungen für verschiedene nicht-dienstliche Anlässe mit Aussicht auf Erfolg.

Rita L. (12:54:59): Dann habe ich noch ein Thema: Rente mit 63 bzw. Pension mit 63 bei 45 Dienstjahren. Derzeit steht im BeamtVG §14 eine, dass ohne Abzüge eine Rente oder Pension möglich ist, sofern man 45 Dienstjahre vollendet hat. Auch hier müsste im Zuge der neuen Wege der Bundesregierung auch eine Anpassung angestrebt werden, in dem es auch hier die 65 Jahre in 63 geändert würden - siehe Anlage Nr. 2 - BeamtVG §14). Es wird in erster Linie Personen Treffen, die mit 15 bis 17 seinerzeit z.B. bei der Deutschen Post ins Berufsleben gestartet sind. Somit dürfte es sich in erster Linie um Personen des einfachen und mittleren Dienstes handeln. Ich denke wer 45 Dienstjahre vollendet hat, hat es auch verdient mit 63 ohne Abzüge in den Ruhestand gehen zu dürfen.

Antwort von **Katrin Teich :** ver.di ist seit längerer Zeit in der Verhandlung mit der Bundesregierung, auch ein Ruhestandseintritt mit 63 bei 45 Dienstjahren zu ermöglichen. Das wird bisher vehement abgelehnt, mit der Begründung, dass es sich hier um zwei unterschiedliche Versorgungssysteme handelt. Das müssen wir bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen, fordern dennoch weiter, dass wenigstens Angleichungen im Bereich der Mütterrenten erfolgen müssen.

Ralf (13:25:33): Thematik Private Krankenversicherung. Wieso bezahlt jeder Beamte den gleichen Betrag wobei der eine nur 2000 Brutto und der andere 6000 Brutto verdient? Das ist doch an Ungerechtigkeit nicht zu überbieten, oder? Eine Besoldungsabhängige Regelung wäre hier sinnvoll, da die unteren Lohngruppen einfach nur ausgequetscht werden.

Antwort von **Klaus Weber :** Ihr Beitrag paßt thematisch leider nicht in diesen Chat.

Rita L. (13:31:07): Die Anpassung der WAZ zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten sollte als oberstes Ziel bei den Verhandlungen angedacht werden. Bei einer WAZ von 39 gegenüber 41 Stunden, arbeiten die Beamten derzeit ca. 11 Tage mehr im Gesamtjahr. Somit sollte eine Reduzierung der WAZ auch für Beamte angetrebt werden, damit eine solche Ungleichbehandlung zur Vergangenheit zählt. Politisch betrachtet könnten mehr Menschen in Beschäftigung kommen und die Arbeitslosenzahlen könnten niedriger werden, wenn ein einzelner Beschäftigter wenig WAZ zu erbringen hätte und mehr Zeit für die Familie hätte.

Antwort von **Klaus Weber :** Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit anlog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.

Michael G. (13:37:45): Die Erwieterung um weitere Besoldungsstufen, kann ich im einfache Dienst bei der Deutschen Post nur begrüßen, da wir kaum oder keine Möglichkeiten der Beförderung haben. von einem Aufstieg in die nächste Laufbahn ganz zu schweigen. Bei dieser Art der Perspektivlosigkeit wäre es nur gerecht dann wenigstens weitere Besoldungsstufen einzurichten. Bsp. : A5= 8 Besoldungsstufen A6= 9 Besoldungsstufen Da bei uns nur noch in ganz großen Ausnahmefällen befördert wird, könnte über weitere Besoldungsstufen ein Ausgleich für die entgangene Möglichkeit der Beförderung geschaffen werden.

Antwort von **Klaus Weber :** Besoldungsstufen gibt es nicht mehr, sondern Erfahrungsstufen. Dennoch ist Ihre Überlegung zur Einführung einer weiteren Stufe bedenkenswert.

Michael G. (13:43:00): Danke für die Belehrung, ich bin halt noch ein alter Beamter

Antwort von **Klaus Weber** : Nichts für ungut. Wir wollten Sie/Dich nicht belehren. Uns geht es ausschließlich um die Sachaufklärung. Vielen Dank für Ihren / Deinen Hinweis in Sachen einer weitem Stufe.

Zöllnerin
(13:04:34) : Meine Wünsche für Bundesbeamte: • Rückkehr zur 38,5h-Woche • genügend Personal in allen Bereichen • Urlaubsgeld oder 13. Monatssold • Telearbeit aufgrund von weiten Fahrstrecken (> 50 km) • Jobticket in allen Bundesländern • Bezügeerhöhung um einen Festbetrag und nicht prozentual • durchlässige Laufbahnen (vom mittleren in den gehobenen Dienst mit Abi oder längerer Berufserfahrung)

Antwort von **Katrin Teich** : Unsere Forderung für die Tarif- und Besoldungsrunde wird die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des erreichten Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sein. In den dafür 'parallel' stattfindenden Besoldungsrunden werden wir speziell für die Beamtinnen und Beamten eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit (WAZ) einfordern. So wie in den vorangegangenen Besoldungsrunden. Das muss aus unserer Sicht mit entsprechendem Planstellenaufbau einhergehen, um Arbeitsbelastungen abzubauen bzw. weitere zu verhindern. Hierzu wird unsere Forderung nicht statisch sein. Vielmehr können wir uns eine schrittweise Reduzierung der WAZ vorstellen, verbunden mit neuen Arbeitszeitmodellen oder Zeitkontomodellen. Hinsichtlich der Durchlässigkeit der Laufbahnen befindet sich ver.di bereits im Gespräch mit dem BMI zur Reform des Bundeslaufbahnrechts. Zunächst konnte ein wesentlicher Erfolg erreicht werden, indem die Möglichkeit für einen Praxisaufstieg verlängert wurde. Konditionen zu einem Jobticket sind leider nicht auf der Bundesebene verhandelbar. Diese sind von den örtlichen Gegebenheiten und der Bereitschaft der Verkehrsverbände abhängig. Hierfür wären geeignete Ansprechpartner die regionalen Vertretungen der Gewerkschaften.

Wolfgang Sch.
(13:09:14): Wann wird denn mal wieder Mal für alle Beamten zusammen mit den Beschäftigten gemeinsam das Gehalt verhandelt. Ich sehe hier einen mords Aufwand, wenn in 17 Tarifbereien (Bund und 16 Länder) immer seperat verhandelt wird.

Antwort von **Katrin Teich** : Unser Interesse ist der Erhalt eines Flächentarifvertrages und es wäre wichtig, wenn zumindest für Bund, Länder und Kommunen in zeitlicher Nähe gemeinsam verhandelt wird. Eine Rücknahme der Föderalismusreform im Besoldungsrecht vor zehn Jahren ist nicht erkennbar, weil insbesondere die Länder sich dagegen sträuben. Ihre/Deine Forderung ist vollkommen berechtigt. Es ist unverantwortlich, dass bei gleicher Aufgabe und Verantwortung mittlerweile Besoldungsunterschiede von 18 Prozent und mehr festzustellen sind.

Johannes F.
(13:16:27): Ich soll Zollbeamter und erlebe täglich wie schwierig und verantwortungsvoll die Zollaufgaben sind. Eine höhere Besoldung sollte dies einbeziehen.

Antwort von **Katrin Teich** : Diese Auffassung können wir voll und ganz unterstützen und werden diese bei unseren Forderungen in der Besoldungsrunde bedenken.

anonym
(13:22:58) : Bitte einfach die Arbeitszeit verkürzen!

Antwort von **Katrin Teich** : Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit anlog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.

Marietta P. (13:35:03): Ich arbeite für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wie allgemein bekannt stehen wir mitten in einer besonderen Herausforderung. Hier möchte ich mich bedanken für die mit dem 7. Besoldungsänderungsgesetz erfolgten Verbesserungen bei der Besoldung. Uns kommt es darauf an, dass wir durch mehr Personal zu einer wirklichen Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen kommen.

Antwort von **Katrin Teich :** Vielen Dank für die positive Rückmeldung. Viel Erfolg weiterhin.

Gerhard / BNetzA (13:59:08) : Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wurde bereits mehrfach angesprochen. Ich denke, darin spiegelt sich deutlich, welch hohen Stellenwert dieses Thema für die Beschäftigten in dieser Besoldungsrunde hat. Lebensqualität und die Erhaltung der Arbeitskraft lassen sich jedoch nicht mit Geld erkaufen, hierfür ist Zeit erforderlich. In meinem beruflichen Umfeld haben bereits zahlreiche Kollegen vor der 41-Stunden-Woche kapituliert, auf einen Teil ihres Einkommens verzichtet und auf Teilzeit umgestellt. Das kann doch nicht die Lösung sein! Mir sind die reflexartigen Widerstände unserer Arbeitgeber zu diesem Thema sehr wohl bewusst. Die dabei immer wieder vorgebrachten Argumente hinsichtlich der finanziellen Belastung erscheinen angesichts der aktuellen Haushaltslage jedoch mehr als fraglich; und dass praktikable Lösungen möglich sind, zeigt die Reduzierung der Wochenarbeitszeit in Bayern! Ich bitte Sie daher, den Schwerpunkt in dieser Besoldungsrunde auf die Reduzierung der Wochenarbeitszeit zu legen – auch wenn dadurch an den finanziellen Forderungen Abstriche gemacht werden müssen – und wünsche Ihnen viel Erfolg bei den Verhandlungen.

Antwort von **Klaus Weber :** Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit anlog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.

Danny Prusseit (14:04:17) : Vielen Dank für die Beteiligung an unserem Chat. Wir machen nun eine Pause. Um 16:00 Uhr beginnt die zweite Runde des Chats. Dann beantworten wir wieder gerne bis 17:00 Uhr Eure/Ihre Fragen.

Manfred D. (13:44:06): Nochmal zum bereits angesprochenen Thema: Rente mit 63 bzw. Pension mit 63 bei 45 Dienstjahren. Für mich schwer verständlich wenn die Begründung zu den beiden unterschiedlichen Versorgungssystemen akzeptiert werden würde, da auch die betroffenen Beamten diese 45-Jährige Dienstzeit geleistet haben. Ich würde es sehr bedauern wenn diese berechnigte Forderung unter den Tisch fallen würde.

Antwort von **Katrin Teich :** Ihre/Deine gefühlte Ungerechtigkeit können wir gut nachvollziehen. Dennoch ist die derzeitige Rechtslage so, dass die Rentenbeitragsjahre nicht mit den Dienstzeiten vergleichbar sind. Wir werden uns trotzdem für eine vergleichbare Lösung einsetzen, um ein Auseinanderdriften der Versorgungssysteme zu vermeiden.

Beamter (13:56:51) : Kann eine Entgeltumwandlung auch für Beamte in die Verhandlungen einfließen. Beamte könnten dann freiwillig Teile Ihrer Bezüge in eine Direktversicherung einzahlen, mit dem Vorteil dass diese Bezüge dann steuerfrei wären.

Antwort von **Klaus Weber :** Eine Entgeltumwandlung ist eine steuerbegünstigte Form für eine betriebliche Altersvorsorge, die es aber im Beamtenbereich nicht gibt, weil die Beamtenversorgung eine Gesamtversorgung darstellt. Eine 'Riester-Rente' hingegen ist möglich.

Manfred D. (13:49:56):	Thema 41 Stunden Woche: Vor vielen Jahren wurden den Beamten kürzere Arbeitszeiten auf Grundlage von 0%-Runden zugestanden (damals ein dauerhafter Verlust, welcher sich Jahr für Jahr multipliziert). Irgendwann waren diese 0-Runden vergessen und die Bundesbeamten wurden wieder auf 41 Stunden gesetzt. Hier wäre eine Korrektur m.E. überfällig.
Antwort von Katrin Teich :	Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit anlog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.
Danny Prusseit (15:59:55) :	Herzlich willkommen zur Runde 2 in unserem Chat am heutigen Tag. ver.di setzt sich für die Belange der Beamtinnen und Beamten aktiv und kompetent ein uns so freuen wir uns über Eure Beiträge hier im Chat und beantworten gerne Fragen in der nächsten Stunde zu den Themen Besoldung und Arbeitszeit.
Beamtin (14:16:31) :	Derzeit werden doch massiv Stellen im Bundesbereich aufgerüstet (Bundespolizei, BAMF, BAA usw.). Ist dies als Stellenaufbau für die Wochenarbeitszeitverkürzung noch nicht ausreichend?
Antwort von Klaus Weber :	Der Stellenaufbau begründet sich gegenwärtig durch die außerordentlichen Belastungen im Rahmen der Flüchtlingssituation und bezieht sich somit auf neue bzw. zusätzliche Aufgaben, ohne das dass gegenwärtige Arbeitsvolumen berücksichtigt wird.
Paula M. (13:59:42):	Ich bin Beamtin in einem Bundesministerium. Was können wir tun, damit die Forderungen erreicht werden?
Antwort von Katrin Teich :	Wir würden es sehr begrüßen und als wichtige Unterstützung für die Durchsetzung der Forderungen der Beamtinnen und Beamten sehen, wenn die Aktivitäten der Tarifbeschäftigten von den Beamtinnen und Beamten im Rahmen ihrer Möglichkeiten begleitet werden. Konkrete Aktivitäten werden rechtzeitig angekündigt. Auch über zusätzliche Aktivitäten der Beamten werden wir rechtzeitig informieren.
Andreas (15:13:34) :	Zeitkonten sind kein Allheilmittel. Beispiel: Die in den Töchtern der Telekom vorhandenen Langzeitkonten sind beim Verlassen der Tochter abzubauen. Da der nächste Arbeitgeber wartet, wird dann, sei auch nur teilweise, ausbezahlt. Also Mehrarbeit ohne Überstundenzuschläge. In Hessen gibt's auch 1 Stunde pro Woche aufs Langzeitkonto. Wer Glück hat, geht 3 Monate vorher in Pension. Wer's gesundheitlich nicht mehr packt, wird ausbezahlt oder baut zwischen Krankschreibungen ab. Eine Reduzierung der Arbeitsbelastung erreicht man mit Langzeitkonten nicht. Und die gefühlte Belastung durch den Beschäftigten steigt in den letzten Jahren vor der Pension exponentiell. Es stellt sich die Frage, ob der Arbeitgeber hier mit einer Art Pensionsreduzierung durch Dienstunfähigkeiten vor dem Ruhestand spielt.
Antwort von Klaus Weber :	In der Tat kommt es auf die Ausgestaltung von Arbeitszeitkonten an und sicherlich ist das nicht die einzige Antwort auf die Forderung nach Arbeitsentlastung. Wir haben auch im Chat bereits dargelegt, dass wir für eine Kürzung der Wochenarbeitszeit sind. Bei der Post AG wird ein Lebensarbeitszeitkonto eingerichtet, wo sicherlich abzuwarten ist, inwieweit dies angenommen wird, aber durchaus ein gangbarer Weg zu einer Entlastung bzw. zu einer vorzeitigen Zuruhesetzung.

Fred F. (16:07:07): Sehr verehrte Damen und geehrte Herren, die Vertreter für die Beamtengehälter bzw. Pensionen sind i.d.R. sind mit ihrer Stimme stets zurückhaltend positioniert, außer dem DBwV. Leider haben die Beamten kein Streikrecht! Stetiger Abbau im öffentlichen Dienst, Arbeitsverdichtung, laufende Arbeitsplatzbewertungen mit Herunterdotierungen der Besoldungsstellen. Die Staatsführung spart unseren öffentlichen Dienst in den Abgrund. Nur starke Besoldungsanhebungen können dies ausgleichen. Sehr viele Beamte müssen nach ihrer Dienstzeit einen Zweitjob annehmen um ihre Familie zu ernähren. Ist Ihnen dies bekannt! Ich baue auf Ihr ehrenwertes Engagement bei den anstehenden Besoldungsverhandlungen 2016. Es wird zeigen, welche Qualität in Ihnen steckt. Verbleibe mit freundlichen Grüßen

Antwort von Klaus Weber : In den zurückliegenden drei Tarifverhandlungsrunden mit dem Bund gelang es uns stets vom jeweiligen Bundesinnenminister eine Zusage zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des erreichten Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich zu erzielen. Das ist wahrlich kein Automatismus, sondern Ergebnis konsequentem Handelns. Von Anfang an führt ver.di eine Tarif- und Besoldungsrunde durch und fordert Einkommenserhöhungen zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen und das mit Erfolg. In den Tarifverhandlungen und in Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium setzt sich ver.di für diese Übertragung ein. Zuletzt beschloss der Bundestag eine Erhöhung von Besoldung und Versorgung in 2014 um 3,3 Prozent und im Jahre 2015 um 2,4 Prozent. Die Einkommen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst konnten in den letzten Jahren spürbar erhöht werden. Wir werden uns auch in diesem Jahr für eine deutliche Erhöhung von Löhnen, Gehältern und der Besoldung engagieren. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten Großartiges für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und haben Anerkennung nicht nur durch Worte, sondern auch durch eine Erhöhung ihrer Einkommen verdient.

Ute M. (16:13:17): Für mich und viele meiner Kolleginnen und Kollegen ist eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf das ursprüngliche Niveau herausragendes Anliegen. Die Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41 Stunden kam für viele Kolleginnen und Kollegen einer Einkommenskürzung gleich. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen haben ihre wöchentliche Arbeitszeit auf 38 oder 39 Stunden reduziert, um der Belastung dauerhaft gewachsen zu sein. Die Arbeitszeit gehört wieder auf das Ausgangsniveau abgesenkt. Im Übrigen müssen derzeit Beamte 2 Stunden wöchentlich mehr arbeiten als die Angestellten, pro Jahr also mehr als 2 Wochen mehr!

Antwort von Katrin Teich : Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit analog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin eine unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen

Ute M. (16:13:39): Für mich und viele meiner Kolleginnen und Kollegen ist eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf das ursprüngliche Niveau herausragendes Anliegen. Die Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41 Stunden kam für viele Kolleginnen und Kollegen einer Einkommenskürzung gleich. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen haben ihre wöchentliche Arbeitszeit auf 38 oder 39 Stunden reduziert, um der Belastung dauerhaft gewachsen zu sein. Die Arbeitszeit gehört wieder auf das Ausgangsniveau abgesenkt. Im Übrigen müssen derzeit Beamte 2 Stunden wöchentlich mehr arbeiten als die Angestellten, pro Jahr also mehr als 2 Wochen mehr!

Bea-Ausschuss DTTS GmbH CCS (16:11:28): Könnte man denn auch einen Ausgleich der Differenz zw. Beas und Tarifpersonal bei Nachtschicht bzw. Feiertagszuschlägen, Herbeiruf und Rufbereitschaft mit einbringen ?

Antwort von **Klaus Weber :** Das ist aus rechtlichen Gründen nicht erreichbar.

anonym (16:14:51): Wie kann in den öffentlichen Dienststellen mehr Demokratie erreicht und praktiziert werden, mehr Teilhabe der MitarbeiterInnen an Organisations- u Führungsentscheidungen?

Antwort von **Klaus Weber :** Beim Bund braucht es dringend eine fortschrittliche Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes, um der Beschäftigtenvertretung vor Ort mehr Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Beispielsweise wird die Digitalisierung von Aufgaben enorme Folgen auf Personalbestände und auf die Aufgabenerledigung mit sich bringen. Was die Beteiligungsrechte für Beamtinnen und Beamte betrifft, setzt sich ver.di für ein Beteiligungsgesetz ein, das die Rechte der Gewerkschaften bei der Gestaltung des Dienstrechts stärkt. Noch in diesem Jahr erwarten wir eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Streikrecht von Beamtinnen und Beamten. Im Zusammenhang mit dieser Entscheidung sind auch Grundsatzaussagen zum Verhandlungs- und Beteiligungsrecht zu erwarten. Wir erwarten, dass dies Schwung in die Debatte bringen wird.

Hauptfeldweibel S. (16:17:40): Für mich als Soldaten und im Einsatz für die Nato möchte ich verdeutlichen, dass wir auch als Soldatinnen und Soldaten Erwartungen an die kommende Besoldungsrunde haben.

Antwort von **Klaus Weber :** Wir werden die berechtigten Erwartungen der Soldatinnen und Soldaten in die Tarif- und Besoldungsrunde einbringen. Ihr Dienst ist von einem großen gesellschaftlichen Nutzen, da wir alle von einer außenpolitischen Sicherheit abhängen.

Beamtin (16:20:19): Ich und viele meiner Kollegen würden ebenfalls lieber weniger Einkommensplus aushandeln als vielmehr eine Wochenarbeitszeitverkürzung anstreben.

Antwort von **Klaus Weber :** Beides hat seine Berechtigung und deshalb werden wir für uns beide Forderungswege entscheiden.

Sylvia (16:18:05): Ich habe nun auch eine Frage hierzu: Mich würde sehr interessieren, mit welcher Forderung verd.i plant in die Verhandlungen zu gehen. Als Info zu mir, ich bin bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beschäftigt. Danke!

Antwort von **Katrin Teich :** Proiritäten für die Tarifrunde 2016 werden folgende Themen sein: - Tabellenerhöhung - Inkraftsetzen der Entgeltordnung VKA - Verhandlungen zur Zusatzversorgung Wir werden im Beamtenbereich die Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten fordern. Des weiteren wird unsere Forderung wiederholt für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit der Beamten lauten. Hierfür könnten wir uns eine schrittweise Verkürzung, einhergehend mit Planstellenaufbau und verbunden mit neuen Zeitkontenmodellen und weiteren Arbeitszeitmodellen vorstellen.

Antje K. (16:24:59): Ich wünsche mir auf jeden Fall wieder eine Anpassung der Arbeitszeit mit der der Angestellten, also eine 39,5 Stunden Woche.ich sehe darin eine große Ungleichbehandlung von personen, die die selbe Arbeit erbringen.

Antwort von **Katrin Teich** : Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit analog der geltenden tarifvertraglichen Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen

Ilka (16:29:34) : Ich arbeite bei einem Bundesgericht in Karlsruhe. Aus meiner Sicht kommt es immer mehr darauf an, die Arbeitszeit attraktiv zu gestalten, um häufiger und besser für die Familie dazu sein.

Antwort von **Klaus Weber** : Sie beschreiben eine wesentliche Herausforderung für die erforderliche Gestaltung der Berufswelt des öffentlichen Dienstes. Mit der Bundesregierung sind wir daher seit geraumer Zeit in intensiven Gesprächen, um die Attraktivität einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu verbessern und absehbare demografische Entwicklungen aufzufangen. Konsens besteht u.a. in der Präferenz von neuen Arbeitszeitmodellen, etwa beim Mobilien Arbeiten, Führen in Teilzeit und Arbeitszeitkonten. Weiteres finden Sie übrigens auch auf unserer Internetseite www.beamte.verdi.de

HWK (16:37:31): Was will die Verdi für die Beamten der Telekom erreichen. Vor allem die Beförderungssituation im mittleren Dienst ist katastrophal. Mehr als 30 Jahre A7 ist kein Einzelfall. Auch die Benachteiligung im Vergleich zu den Tarifkräften sollte aufgehoben werden zB Schichtzulagen.

Antwort von **Klaus Weber** : In der Tat ist die Beförderungslage vor allem im mittleren Dienst bei der Telekom problematisch. Viele Kolleginnen und Kollegen drängen aus verständlichen Gründen auf eine Beförderung, weil sie diese längst verdient hätten. Wir setzen uns für eine höhere Planstellenplanung ein. In der Besoldungsrunde wollen wir eine Erhöhung der Besoldung erzielen, von der dann auch die Beamten bei der Telekom profitieren.

Helmut (16:44:32) : Als Postbeamter, A8, habe ich nach 45 Jahren harter Arbeit keine Möglichkeit, wie in der Rentenversicherung ohne Abschlag in Ruhestand zu gelangen

Antwort von **Klaus Weber** : Beamte können ohne Versorgungsabschläge vorzeitig auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie zum Zeitpunkt des Ruhestandseintritt das 65. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 45 Jahre mit versorgungsrechtlich relevanten Zeiten zurückgelegt haben. Das geht leider nicht, wenn in den 45 Dienstjahren auch rentenwirksame Zeiten erbracht wurden.

Lukas (16:40:28) : Ich arbeite in der Bundestagsverwaltung und bin mir bewusst, dass die Forderungen nur mit einer starken Rückendeckung durchgesetzt werden können.

Antwort von **Katrin Teich** : Ja richtig, die Ergebnisse fallen nicht vom Himmel und jedes Engagement unterstützt unsere Forderungen. Die beste Rückendeckung in den Verhandlungen gibt uns eine hohe Mitgliederzahl.(Auch die Antragstellung ist online möglich) Des Weiteren werden einige begleitende Aktionen stattfinden über die wir rechtzeitig informieren und an denen auch Beamte im Rahmen ihrer Möglichkeiten teilnehmen und somit ihre speziellen Interessen unterstützen können.

Peter (16:53:40): Guten Tag, ich bin seit 1980 Verdi resp. DPG-Mitglied und erwarte von Verdi, dass Verdi endlich die Rückführung der vor leider bereits vielen Jahren von 39 auf 41 Stunden erhöhten Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte einsetzt. Dies stellt einen massiven Verlust von Lebensqualität dar, insbesondere wenn man bedenkt, dass wie ich viele Kollegen zudem täglich mindestens noch 2 Stunden in irgendwelchen Zügen oder in Staus verbringt, um zur Arbeit und zurück zu kommen. Ich gehe um 7 Uhr aus dem Haus und bin um 19 Uhr wieder zuhause, seit Jahren. Meine Lebensqualität geht gegen Null, ich kann nicht mehr, tut endlich etwas gegen diesen Zeit-Klau! 100 Stunden pro Jahr, also 2 1/2 Wochen Freizeit, die uns genommen wurden!

Antwort von **Klaus** Diese Frage wurde hier schon häufiger gestellt.

Weber :

Peter (16:57:01): ich sehe meinen Beitrag zur Arbeitszeit nicht.

Antwort von **Klaus** Die Wochenarbeitszeitverkürzung bleibt eine zentrale Forderung von uns. Im Chat haben wir **Weber :** bereits dazu mehrfach Stellung bezogen.

Peter (16:57:50): wird der kompl. chat zum Nachlesen veröffentlicht?

Antwort von **Klaus** Jawohl dem ist so. Eine Dokumentation wird morgen eingestellt sein.

Weber :

Kirstin L. (16:58:01): Mein wesentlichstes Anliegen an die bevorstehende Einkommensrunde – und hierbei bin ich im Konsens mit meinen verbeamteten Kollegen – ist die bedingungslose Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit an die der angestellten Kolleginnen und Kollegen. Darüber hinaus plädiere ich aber auch dafür, Erleichterungen für lebensältere Beamtinnen und Beamte zu schaffen. Vor dem Hintergrund, dass Altersteilzeitregelungen nicht mehr existieren und die Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr ausgeweitet wird, müssen Bedingungen geschaffen werden, die es Beamtinnen und Beamten ermöglichen, auch jenseits des 60. Lebensjahres den gestiegenen Anforderungen gewachsen zu sein und dem erhöhten Aufwand für die Regeneration der Arbeitskraft in diesem Alter Rechnung tragen, wie z.B. Zusatzurlaub und lebensaltersbedingte Arbeitszeitverkürzungen.

Antwort von **Klaus** Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit anlog der geltenden tarifvertraglichen **Weber :** Regelungen ist weiterhin einer unserer zentralen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir werden uns dafür im Rahmen der Besoldungsrunde erneut einsetzen. Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss mit einem entsprechenden Stellenaufbau verbunden sein, damit es zu einer Arbeitsentlastung kommt. Um die Arbeitsbelastung zu senken, können auch andere Arbeitszeitmodelle zum Einsatz kommen, so etwa die Einführung von Zeitkonten mit klar definierten Abbauregelungen. Wir sind in der Debatte mit dem Bundesinnenministerium zu Arbeitszeitfragen.

Klaus Weber (17:03:02): Katrin Teich und Klaus Weber sagen herzlichen Dank für rege Teilnahme am Chat. Aus dem Chat entnehmen wir wichtige Hinweise zur Forderungsaufstellung. Die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst entscheidet am 18. Februar 2016 über ihre Forderungen an die Bundesregierung. Der Bereich Beamtinnen und Beamte wird seine Forderungen in die Bundestarifkommission offiziell einbringen. Die Tarifverhandlungen und die Besoldungsrunde starten am 21. März 2016. In der Verhandlungskommission wirken auch ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus dem Beamtenbereich mit. Unsere Zielsetzung ist es, ein gutes Ergebnis bei den Verhandlungen zu erzielen und dafür Sorge zu tragen, dass dieses Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf alle Beamtinnen und Beamte, Soldatinnen und Soldaten und Versorgungsempfänger/innen übertragen wird, so wie uns dies auch in den letzten Tarif- und Besoldungsrunden beim Bund gelungen ist. Der Chat wird zum Nachlesen dokumentiert. Veröffentlichung unter: www.beamte.verdi.de